

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 9

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUSAMMENHÄNGE

Ex-DDR: Das Spiel mit der Angst

Verschlechterung, weil die kranke Wirtschaft die Schuldenlast – in diesem Jahr über vier Milliarden Dollar – keineswegs tragen kann. Es stösst im Lande auf immer grösser werdendes Unverständnis, dass Regierung und Notenbank den polnischen Weg strikt ablehnen, wo auf Walesas Vorstoss die westlichen Geberländer 50 Prozent (die USA 70 Prozent) der Staatskredite bereits gestrichen haben und viele private Banken versprochen, das gleiche zu tun.

So ist nicht nur eine weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise vorprogrammiert, sondern es besteht auch eine politische Explosionsgefahr. Das Beispiel der Ex-DDR zeigt geradezu alarmierend, wie schwierig es ist, ein bankrottetes Wirtschaftssystem auch mit genügenden Geldmitteln zu sanieren und zu privatisieren. Wie man das ohne Geld schaffen kann, das werden auch die Ungarn gewiss nicht erfinden können.

Um die gefährliche Talfahrt zu stoppen, haben sich jetzt einige namhafte unabhängige Politiker zusammengetan, an der Spitze mit Imre Pozsgay, der 1988/89 die treibende Kraft der Abschaffung des kommunistischen Systems war, und mit Zoltán Biró, einem der Gründer des regierenden Ungarischen Demokratischen Forums. Ihr Ziel ist, im Parlament eine neue Kraft, eine Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten, zu bilden und mit einem Alternativprogramm das Land aus dem Tief herauszuholen. Zulauf werden sie wahrscheinlich von allen Parteien bekommen. ■

Wachsende Unzufriedenheit, Demonstrationen in der Ex-DDR. Wenn ein Pole, eine Tscheche oder ein Ungar diese Schlagzeilen liest, reagiert er darauf nur mit einem müden Lächeln.

«Was kann dort überhaupt schiefgehen», laut der stereotype Bescheid, «wenn die stärkste Wirtschaftsmacht Europas voll und ganz hinter den Ostdeutschen steht . . . Wir würden gern ihre sämtlichen Probleme zusammen mit dem reichen Onkel in Bonn ohne jegliche Bedenken jederzeit übernehmen.» Schon unter der sowjetischen Oberhoheit habe die DDR eine Sonderstellung gehabt, wird nicht ohne Bitterkeit bemerkt. Denn Moskau habe dort einen 70 bis 100 % höheren Lebensstandard genehmigt aus der Angst, dass der westdeutsche Wohlstand die ostdeutsche Bevölkerung hinüberzöge und die DDR in wenigen Jahren leer werden könnte.

In der Tat: Andere ehemalige Ostblockländer gleichen Schicksals können nicht einmal träumen davon, dass sie von dem Westen jährlich mehr als 100 Milliarden Mark bekommen, wie die Ex-DDR, um die zweifellos enorm schwierigen Probleme des politischen und wirtschaftlichen Systemwechsels zu lindern. Statt dessen müssen sie Milliarden Dollar jährlich an westliche Staaten und Banken für die Schulden zurückzahlen, die ihre kommunistischen Regierungen in den Jahren der Entspannung gemacht haben. Diese Tatsache erübrigt jeden Kommentar über die ganz verschiedenen Zukunftsaussichten der Ostdeutschen und der anderen früheren Ostblock-Völker.

Vor diesem Hintergrund erschiene die plötzlich entstandene Zukunftsangst in den neuen Bundesländern grundlos und unverständlich, wenn man nicht wüsste, woher der Wind weht. Die lautstarke Kritik an der Bundesregierung, der Treuhandanstalt und an Kanzler Kohl sowie die Organisatoren der neuen Montagsdemos kamen aus dem Westen, von der SPD und von den Gewerkschaften in einer konzertierten Aktion.»

Welche Motive die Bonner Sozialdemokraten zu diesem riskanten Spiel veranlasst haben, liegt auf der Hand. Die Freigabe Osteuropas durch Gorbatschow – dieser Prozess begann schon 1988 in Polen und Ungarn – traf die SPD völlig unerwartet und

unvorbereitet. Kurz vor dem Sturz Honeckers parlierten noch hohe SPD-Politiker im September 1989 mit SED-Politbüromitglied Axen über weitere Zusammenarbeit.

Die ganze stille Revolution in der Ex-DDR und der danach beginnende Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten ging an der SPD total vorbei. Die Lorbeeren für das grosse historische Werk erntete die Bonner Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Ungeachtet des massiven Vereinigungswillens der ostdeutschen Bevölkerung hat der damalige SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine das Wahlprogramm seiner Partei total falsch programmiert. Seine Thesen gegen eine schnelle Vereinigung und die Währungsunion lösten nicht nur in der neuen Ost-SPD, sondern selbst in der Bonner Baracke Verwunderung und Kritik aus. Wenn selbst die Sowjetunion mit den westlichen Siegermächten bereit war, der deutschen Vereinigung vertraglich ohne besondere Vorbehalte zuzustimmen und Gesamtdeutschland die volle staatliche Souveränität zurückzugeben (4+2-Vertrag), dann kann man nur als einen folgenschweren politischen Fehlgriff bezeichnen, wenn dagegen eine deutsche Partei als «Bremsen» auftritt, wie Lafontaine es getan hat.

Auch die kleinkarierten Sticheleien mit den «unerträglichen Kosten» der Vereinigung verfehlten ihre Ziele. Einerseits lassen sich die Sanierungskosten einer völlig bankrotten Volkswirtschaft schwerlich voraussehen. Andererseits ist es eine historische Pflicht Bonns, die notwendigen Finanzmittel zu einem möglichst schnellen Systemwechsel in den neuen Bundesländern zu sichern. An der Macht hätte das auch die SPD nicht anders machen können. jp